

3343/J XX.GP

der Abgeordneten Wurmitzer

und Kollegen

an den Bundeskanzler

betreffend Fragen der Volksgruppenförderung

Am 12. November 1997 haben Vertreter aller Volksgruppen in Österreich bei Abgeordneten des Rechnungshofausschusses im Parlament vorgesprochen und über einen absolut unbefriedigenden Vollzug des Volksgruppengesetzes berichtet:

- Fördermittel werden nicht zeitgerecht überwiesen. Dadurch entstehen den Vereinigungen der Volksgruppen hohe Zinsbelastungen und unnötige Finanzierungsprobleme.
- Die neuen Förderungsvereinbarungen seien sehr bürokratisch und würden Angaben verlangen, welche dem Datenschutz unterliegen.
- Wiederholt gäbe es Probleme bei der Abrechnung. Rechnungen würden nicht anerkannt und teilweise eine schikanöse Vorgangsweise gegenüber den Volksgruppenvertretern gewählt.
- Teilweise gäbe es bereits persönliche Haftungen der Volksgruppenvertreter für die Bedeckung des Sachaufwandes ihrer Organisationen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende Anfrage:

1. Gibt es eine Dienstanweisung für den Vollzug der Volksgruppenförderung aus dem Bundesbudget?

Wenn ja, wie lautet diese?

2. Welche Hindernisse stehen einer raschen Auszahlung der Förderungsmittel entgegen?

3. Haben die Volksgruppenbeiräte eine diesbezügliche Beschwerde an Sie herangetragen?
4. Gibt es Richtlinien für die Auszahlung der Volksgruppenförderung?
Wenn ja, wie lautete diese?